

# Nationale und internationale Organisationen = Organisations nationales et internationales

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **80 (1989)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Nationale und internationale Organisationen

## Organisations nationales et internationales

### Botschaft des Bundesrates über die Volksinitiativen «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)» und «Für einen Ausstieg aus der Atomenergie»

Der Bundesrat hat zuhanden der Eidgenössischen Räte die Botschaft über die Moratoriums- und Ausstiegsinitiative verabschiedet. Bereits Anfang Juni 1988 hatte er in einer Energieklausur beschlossen, die beiden Initiativen ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Mehrheit des Parlaments sprach sich in der Herbstsession 1988 für die Offenhaltung der Kernenergieoption aus.

#### Was wollen die Initiativen?

Die *Moratoriumsinitiative* verlangt, dass während zehn Jahren keine wesentlichen bundesrechtlichen Bewilligungen<sup>1</sup> für neue Kernkraftwerke oder nukleare Heizreaktoren erteilt werden.

#### Die *Ausstiegsinitiative* will:

- die Inbetriebnahme neuer und die Erneuerung bestehender Anlagen zur Erzeugung von Kernenergie verhindern;
- sicherstellen, dass keine Anlagen zur Bearbeitung von Kernbrennstoffen gebaut werden;
- die bestehenden Kernkraftwerke so rasch wie möglich stilllegen;
- dem Bund und den Kantonen den Auftrag geben, Massnahmen für die rationelle Elektrizitätsverwendung zu treffen;
- dafür sorgen, dass Elektrizität umweltverträglich erzeugt wird;
- neue, nichtnukleare Kraftwerke dürfen natürliche Gewässer und schutzwürdige Landschaften nicht beeinträchtigen;
- dem Bund ermöglichen, Forschung, Entwicklung und praktische Nutzung von dezentralen, umweltverträglichen Energieanlagen zu fördern.

#### Wie beurteilt der Bundesrat die Initiativen?

Eine allfällige Annahme der *Moratoriumsinitiative* hätte folgende Konsequenzen:

- Entscheide über die zukünftige Kernenergienutzung wären mit einem weiter erhöhten unternehmerischen Risiko behaftet und würden damit um mehr als die verfassungsmässig vorgesehenen zehn Jahre hinausgeschoben (die Initianten selbst betrachten ein verfassungsmässiges Moratorium als ersten Schritt zum Ausstieg);
- die Entwicklung fortgeschrittener Reaktortechnologien, beispielsweise eines Heizreaktors, wäre in Frage gestellt, und auch die Teilnahme der Schweiz an internationalen Forschungsvorhaben im Kernenergiebereich müsste aus politischen Gründen überprüft werden;
- das Berufsbild und die Zukunftsaussichten der Kernenergiefachleute würden weiter an Attraktivität verlieren;
- die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Energiepolitik wäre schwer beeinträchtigt, weil das verfassungsmässige Moratorium zeitlich mit einer starken Zunahme der Elektrizitätsimporte aus französischen Kernkraftwerken zusammenfallen würde.

Die *Ausstiegsinitiative* würde zu einer unüberschaubaren Beeinträchtigung der Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und vielen weiteren Problemen führen:

<sup>1</sup> Rahmen-, Bau-, Inbetriebnahme- oder Betriebsbewilligungen

### Message du Conseil fédéral sur les initiatives populaires «Halte à la construction de centrales nucléaires (moratoire)» et «Pour un abandon progressif de l'énergie atomique»

Le Conseil fédéral a adopté le message aux Chambres concernant les initiatives en faveur du moratoire et de l'abandon progressif de l'énergie nucléaire. Au début de juin 1988 déjà, il en avait débattu lors d'une séance consacrée aux questions d'énergie, décidant de les rejeter l'une et l'autre sans contre-projet. De plus, au cours de la session d'automne, la majorité du Parlement s'est prononcée en faveur du maintien de l'option nucléaire.

#### Que veulent les initiatives?

L'*initiative en faveur du moratoire* demande que pendant dix ans, il ne soit octroyé aucune autorisation fédérale essentielle<sup>1</sup> pour de nouvelles centrales nucléaires ou pour des réacteurs nucléaires de chauffage.

#### L'*initiative pour un abandon progressif de l'énergie nucléaire* veut:

- empêcher la mise en service de nouvelles installations nucléaires productrices d'énergie et le renouvellement de celles qui existent;
- garantir que l'on ne construise pas d'installations pour le traitement de combustibles nucléaires;
- faire désaffecter le plus rapidement possible les centrales nucléaires existantes;
- charger la Confédération et les cantons de prendre des mesures pour l'utilisation rationnelle de l'électricité;
- faire en sorte que la production d'électricité soit compatible avec les impératifs écologiques; de nouvelles centrales non nucléaires ne doivent pas porter atteinte aux cours d'eau et lacs naturels, ni aux paysages dignes de protection;
- permettre à la Confédération de promouvoir la recherche, le développement et la mise en œuvre d'installations énergétiques décentralisées et compatibles avec l'environnement.

#### Comment le Conseil fédéral juge-t-il les deux initiatives?

Une éventuelle acceptation de l'*initiative pour un moratoire nucléaire* aurait les conséquences suivantes:

- les décisions relatives à l'utilisation future de l'énergie nucléaire, entachées d'un risque supplémentaire pour l'entrepreneur, seraient repoussées au-delà des dix ans prescrits constitutionnellement (les auteurs de l'initiative eux-mêmes considèrent qu'un tel moratoire serait le premier pas en direction de l'abandon du nucléaire);
- le développement de réacteurs avancés, notamment celui du réacteur de chauffage, serait remis en question; de même, il faudrait réexaminer, pour des motifs politiques, la participation de la Suisse à des projets internationaux de recherche dans le domaine de l'énergie nucléaire;
- l'image de marque des spécialistes du nucléaire et leurs perspectives professionnelles perdraient encore de leur attrait;
- la crédibilité de la politique suisse de l'énergie serait gravement compromise, parce que le moratoire constitutionnel coïnciderait dans le temps avec un fort accroissement des importations d'électricité en provenance de centrales nucléaires françaises.

L'*initiative pour un abandon progressif* porterait une incommensurable atteinte à la sécurité de l'approvisionnement de la Suisse en électricité, tout en posant bien d'autres problèmes:

<sup>1</sup> Soit les autorisations générales, de construire, de mettre en service et d'exploiter

- Die Politik würde einer Belastungsprobe ausgesetzt, weil die Fristen für die Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke gesetzlich erst noch festgelegt werden müssten. Alternative Elektrizitätserzeugungsanlagen würden möglicherweise nicht zeitgerecht bereitstehen.
- Die Initiative könnte auch nicht gewährleisten, dass die erforderlichen Elektrizitätssparmassnahmen von den Stimmberechtigten akzeptiert werden und ausreichend wirksam sind, um die entstehende Versorgungslücke zu schliessen.
- Die von der Initiative vorgesehene Bestimmung, wonach neue Kraftwerke die natürlichen Gewässer und schutzwürdige Landschaften nicht beeinträchtigen dürfen, würde die Möglichkeiten zum Bau von Wasserkraftwerken oder fossilthermischen Kraftwerken stark einschränken. Die bestehenden Umweltschutzvorschriften müssten bei Kraftwerkbauten besonders streng angewendet werden.
- Die von der Initiative vorgesehene Förderungskompetenz würde dem Bund die Subventionierung dezentraler, vergleichsweise umweltverträglicher Energieanlagen ermöglichen. Eine wirksame Förderung wäre jedoch nicht einfach: die Möglichkeiten der neuen Energietechniken, beispielsweise die Elektrizitätserzeugung mit Solarzellen, sind aus wirtschaftlichen Gründen vorderhand beschränkt. Öl- oder gasbetriebene, kleine Wärmekraftkopplungsanlagen sind umweltpolitisch problematisch und erhöhen die Auslandsabhängigkeit.
- Die Ausstiegsinitiative würde sich für die schweizerische Volkswirtschaft negativ auswirken. Die Energieverbrauchs- und Energieangebotsstrukturen liessen sich nicht ohne grosse Reibungsverluste innert nützlicher Frist anpassen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der elektrizitätsintensiven Branchen wäre in Frage gestellt.
- Bei einer raschen Einführung von energietechnischen Zulassungsvoraussetzungen für Anlagen, Fahrzeuge und Geräte könnte nur noch begrenzt auf die internationale Entwicklung des Normenwesens Rücksicht genommen werden. Die Schweiz kann sich auch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt im Energiebereich kein Inseldasein leisten.
- Die Ausstiegsinitiative wird vom Bundesrat nicht zuletzt auch aus Gründen des Umweltschutzes abgelehnt. Der Verzicht auf die Kernenergie wäre kein Beitrag zum Umweltschutz. In der Fachwelt ist man sich heute einig, dass die stetige Zunahme des Kohlendioxids und der Spurengase in der Atmosphäre einen Treibhauseffekt verursachen. Als Strategie gegen die Kohlendioxidemissionen sind vor allem Massnahmen für eine rationellere Energieverwendung erforderlich. Auch die Kernenergie kann dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Ein bedenklicher Rückschritt wäre der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch fossilthermische Kraftwerke. Nach Auffassung des Bundesrates sind die Risiken der Kernenergie im Vergleich mit andern technischen Werken und Energien tragbar. Da von einem Moratorium oder einem Ausstieg nur Anlagen im Inland betroffen wären, würde das Restrisiko aus der Kernenergienutzung im Ausland für uns weiterbestehen.
- Les milieux politiques seraient durement sollicités, parce qu'il faudrait fixer les délais légaux de désaffectation des centrales nucléaires existantes. Des installations de remplacement ne seraient peut-être pas prêtes à temps.
- L'initiative ne garantirait pas davantage que les citoyens acceptent les mesures d'économies d'électricité nécessaires, ni que celles-ci soient suffisamment efficaces pour remédier aux lacunes de la production.
- La disposition selon laquelle la construction de nouvelles centrales ne doit pas porter atteinte aux cours d'eau et lacs naturels, ni aux paysages dignes d'être protégés restreindrait fortement la possibilité de réaliser des centrales hydrauliques ou thermiques fossiles. Les prescriptions actuelles sur la protection de l'environnement devraient être appliquées de façon particulièrement sévère lors de la construction de centrales.
- L'initiative veut habiliter la Confédération à encourager la recherche, lui permettant de subventionner des installations énergétiques décentralisées, relativement favorables à l'environnement. Une action efficace dans ce sens serait cependant difficile à réaliser: des raisons économiques font que les possibilités des nouvelles techniques énergétiques, notamment celles de la production d'électricité à l'aide de cellules solaires, sont encore limitées. Quant aux petites installations chaleur-force alimentées au pétrole ou au gaz, elles posent des problèmes écologiques et accroissent la dépendance de la Suisse vis-à-vis de l'étranger.
- L'initiative en faveur d'un abandon progressif aurait des conséquences négatives pour l'économie suisse. Les structures de l'offre et de la demande d'énergie ne pourraient pas être adaptées en temps utile sans des pertes importantes. La compétitivité internationale des branches grosses consommatrices d'électricité serait remise en cause.
- Si des prescriptions énergétiques sur la commercialisation des installations, véhicules et appareils étaient introduites rapidement, la Suisse ne pourrait s'inspirer que de manière limitée de l'évolution des normes internationales. Or, dans la perspective du Marché unique européen, notre pays ne peut pas se permettre de faire cavalier seul en matière d'énergie.
- La protection de l'environnement n'est pas le dernier des arguments à faire valoir pour le rejet de cette initiative. L'abandon du nucléaire ne serait pas un apport à la protection de l'environnement. Le monde scientifique est aujourd'hui unanime à prédire que l'accroissement constant de la teneur de l'atmosphère en anhydride carbonique et en gaz rares se traduira par un effet de serre. Pour limiter les rejets de gaz carbonique, il faut prendre avant tout des mesures d'économies d'énergie. La technique nucléaire peut, elle aussi, contribuer à réduire les rejets de substances polluantes et de gaz à effet de serre. Par contre, ce serait régresser gravement que de remplacer les centrales nucléaires actuelles par des installations thermiques fossiles. Le Conseil fédéral estime que les risques de l'énergie nucléaire sont supportables, comparés avec ceux d'autres énergies et ouvrages techniques. Tant le moratoire que l'abandon du nucléaire ne toucheraient que des installations situées dans le pays, de sorte que le risque résiduel lié à l'utilisation de cette technique à l'étranger subsisterait pour nous.

#### *Die Politik des Bundesrates*

Die Politik des Bundesrates beruht auf der Leitidee des qualitativen Wachstums. Dieser Leitidee tragen die vom Bundesrat verfolgten energiepolitischen Ziele Rechnung. Der Bund und die Kantone haben sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, breitgefächerte und sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sowie für eine sparsame und rationelle Energieverwendung einzusetzen.

Mit dem energiepolitischen Programm wurde bereits eine Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen vereinbart. Der Bund berücksichtigt und unterstützt die entsprechenden kantonalen Anstrengungen, beispielsweise mit Impulsprogrammen. Die Energieforschungsausgaben des Bundes konnten gesteigert werden. Nicht zuletzt wegen der verbrauchsmindernden Wirkung ist im Rahmen der neuen Finanzordnung eine vermehrte Besteuerung der Energie

#### *Politique du Conseil fédéral*

La politique du Conseil fédéral repose sur l'idée de la croissance qualitative. C'est d'elle que s'inspirent ses objectifs de politique énergétique. Dans les limites de leurs compétences, la Confédération et les cantons doivent s'engager en faveur d'un approvisionnement énergétique suffisant, diversifié et sûr, économique et compatible avec les impératifs écologiques, ainsi que pour l'utilisation économe et rationnelle de l'énergie.

Le Programme de politique énergétique définit déjà une répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. La première tient compte des efforts de ces derniers et elle les soutient, notamment par des programmes d'incitation. Les dépenses de la Confédération en faveur de la recherche énergétique ont augmenté. Dans le contexte du nouveau régime des finances fédérales, il conviendra d'étudier une plus forte taxation de l'énergie, ne serait-ce qu'en vue

zu prüfen. Mit dem Energieartikel in der Bundesverfassung und dem darauf aufbauenden Energiegesetz will der Bundesrat die notwendigen Grundlagen für eine wirksame und langfristig orientierte Energiepolitik schaffen. Der Energienutzungsbeschluss soll die Energiepolitik beschleunigen und das erwähnte energiepolitische Programm ergänzen. Wo immer möglich und erfolgversprechend, soll die Energie ohne staatlichen Zwang rationeller verwendet werden. Der Bundesrat hat daher seine Energiesparkampagne verstärkt (Aktion «BRAVO»).

Um das Ziel einer ausreichenden, breitgefächerten und sicheren Energieversorgung weiterhin zu gewährleisten sowie aus ökologischen Gründen ist auch die Option Kernenergie offenzuhalten. Dazu ist der Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke sicherzustellen. Die noch offenen Fragen der nuklearen Entsorgung müssen gelöst werden. Durch die Fortführung der Nuklearforschung kann die Zuverlässigkeit der Kerntechnik weiter verbessert werden. Zur künftigen Wahrung der Versorgungssicherheit und im Umweltinteresse erachtet der Bundesrat den Bau weiterer Kernkraftwerke als notwendig, wenn es nicht gelingt, den weiteren Anstieg des Elektrizitätsverbrauchs zu bremsen.

Das Offenhalten der Option Kernenergie verlangt eine glaubwürdige Sparpolitik. Erst wenn Parlament und Volk bereit sind, wirksame Energiesparmassnahmen zu akzeptieren, kann ernsthaft erwogen werden, auf weitere nukleare Elektrizitätserzeugungsanlagen zu verzichten. Umgekehrt können weitere Kernkraftwerke nur gebaut werden, wenn glaubwürdig gezeigt wird, dass wesentlich stärkere Anstrengungen für einen rationellen Energieeinsatz unternommen werden. Die bisherige energiepolitische Diskussion zeigte, dass Elektrizitätssparmassnahmen umstritten und schwer durchzusetzen sind. Deshalb ist die Kernenergieoption unbedingt offenzuhalten – ein Ausstieg lässt sich nicht verantworten.

*Eidgenössisches Verkehrs- und  
Energiewirtschaftsdepartement*

## **UNIPEDE: Studienkomitee für wirtschaftliche und Tariffragen**

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten, *Pierre Bernard* (F), versammelte sich das Komitee am 10. und 11. April 1989 in Israel.

Es wurde insbesondere beschlossen, 1992 oder 1993 ein drittes Kolloquium über die Tarifierung zu organisieren. Bei dieser Gelegenheit soll eine Standortbestimmung über die Tendenzen auf dem Gebiet der Tarifierung sowie bei den Zähler- und Ablesesystemen, die neu auf dem Markt angeboten werden, vorgenommen werden. Ebenfalls soll die Kostenfrage nicht ausser acht gelassen werden.

Ausserdem hat das Komitee von den Fortschritten der Arbeiten seiner vier Expertengruppen Kenntnis genommen:

- der Expertengruppe für das Erfassen und das Management der Lastkurven,
- derjenigen für die Probleme der Zählerablesungen und der Fakturierung,
- der Gruppe, die sich mit den Kosten der Stromversorgung beschäftigt
- und schliesslich der Expertengruppe, die für die Stromproduktion und die Qualität der Versorgung zuständig ist.

Auch wenn wir – wenigstens im Moment – nicht direkt davon betroffen sind, ist es interessant, zu erfahren, dass sich die Verhandlungen zwischen der UNIPEDE und der EG-Kommission intensivieren, was uns nicht gleichgültig sein kann. So werden zurzeit die folgenden Punkte geprüft:

- Vorgehen bei der Vergabe von Arbeiten der Elektrizitätswerke an alle Lieferanten der EG;

de modérer ainsi la demande. En inscrivant dans la Constitution un article sur l'énergie, puis avec la législation correspondante, le Conseil fédéral veut créer les bases nécessaires à une politique énergétique efficace et axée sur le long terme. Un arrêté fédéral sur l'énergie devrait accélérer les choses et compléter le programme de politique énergétique déjà mentionné. Toutes les fois que c'est possible avec des chances de succès, l'utilisation plus rationnelle de l'énergie devrait se réaliser sans contrainte étatique. C'est pourquoi, le Conseil fédéral a intensifié sa campagne «Bravo» en faveur des économies d'énergie.

Pour atteindre l'objectif d'un approvisionnement suffisant, diversifié et sûr, ainsi que pour des raisons d'écologie, il faut maintenir ouverte également l'option nucléaire. A cet effet, on assurera le fonctionnement des centrales nucléaires existantes. Les problèmes de gestion des déchets non résolus à ce jour devront trouver une solution. La fiabilité de la technique nucléaire pourra être encore améliorée si l'on poursuit la recherche en la matière. Aussi bien pour assurer la sécurité d'approvisionnement que dans l'intérêt de l'environnement, le Conseil fédéral estime qu'il sera nécessaire de construire de nouvelles centrales nucléaires si nous ne parvenons pas à freiner l'accroissement de la demande d'électricité.

Le maintien de l'option nucléaire ne va pas sans une politique d'économies crédible. Ce n'est que lorsque le Parlement et la population seront disposés à accepter d'efficaces mesures d'économies d'énergie que l'on pourra sérieusement envisager de renoncer à tout jamais à de nouvelles installations nucléaires productrices d'électricité. Inversement, de telles installations pourront être construites seulement s'il est démontré que des efforts nettement accrus sont accomplis pour l'utilisation rationnelle de l'énergie. Le débat sur la politique de l'énergie a bien montré que les mesures d'économies d'électricité sont controversées et difficiles à faire accepter. C'est pourquoi il importe de maintenir ouverte l'option nucléaire: un abandon serait irresponsable.

*Département fédéral des transports,  
des communications et de l'énergie*

## **UNIPEDE: Comité d'Etudes des questions économiques et tarifaires**

Les membres de ce Comité se sont réunis en Israël, les 10 et 11 avril 1989, sous la présidence de M. *Pierre Bernard* (F).

Il a notamment été décidé d'organiser un troisième colloque sur la tarification, en 1992 ou 1993. A cette occasion, on tentera de faire le point sur les grandes tendances qui apparaissent actuellement dans le domaine de la tarification, ainsi que sur les nouveaux systèmes de comptage et de relevés qui s'offrent sur le marché. Le problème de leurs coûts ne sera naturellement pas négligé.

D'autre part, le Comité a pris connaissance de l'état d'avancement, des travaux de ses quatre groupes d'experts, à savoir:

- le groupe sur la connaissance et la gestion des courbes de charge,
- celui pour les problèmes de relevés et de facturation,
- celui sur les coûts des systèmes électriques,
- enfin celui sur la production du système électrique, en tenant compte de la qualité du service.

Bien que nous ne soyons pas directement concernés, tout au moins pour l'instant, il peut être intéressant de souligner que les négociations entre l'UNIPEDE et la Commission de la CEE s'intensifient, ce qui ne peut nous laisser indifférents. Ainsi, momentanément, les objets suivants sont étudiés:

- procédures d'adjudications des travaux des entreprises d'électricité à tous les fournisseurs de la Communauté;
- ouverture des marchés (libre circulation de l'énergie électrique) aux douze membres; la Commission souhaite, en effet, une augmentation des échanges; les entreprises d'électricité européennes s'opposent, par contre, au fait que de gros consommateurs de

- Öffnung der Märkte (freier Stromaustausch) zwischen den zwölf Mitgliedern. Die Kommission wünscht eine Steigerung des Austausches; die europäischen Elektrizitätsunternehmen wehren sich dagegen, dass die industriellen Grossverbraucher sich bei den Produzenten ihrer Wahl versorgen können (Common carrier).
- Probleme im Zusammenhang mit der Preistransparenz. Die Kommission versucht nicht, einen einheitlichen Preis für die zwölf Länder einzuführen (jedenfalls nicht mittelfristig), sie strebt jedoch eine Harmonisierung der Tarifstrukturen an. Im weiteren verlangt sie, dass der Stromverbraucher eine detaillierte Rechnung mit verständlichen Angaben erhält und dass alle Konsumenten gleich behandelt werden, und zwar bis zu Leistungen in der Grössenordnung von 10 bis 15 MW. *R. Wintz, CVE*

- type industriel puissent s'approvisionner auprès des producteurs de leur choix (Common Carrier);
- problèmes liés à la transparence des prix. La Commission ne cherche pas à établir un prix unique pour les douze pays (tout au moins à moyen terme) mais elle vise, par contre, à une harmonisation des structures tarifaires, elle demande en outre que chaque usager ait tous les éléments pour comprendre sa facture et que tous les consommateurs bénéficient du même traitement, ceci jusqu'à des puissances de l'ordre de 10 à 15 MW. *R. Wintz, CVE*

## **Verbandsmitteilungen des VSE Communications de l'UCS**

### **262. Meisterprüfung VSEI/VSE**

Die Meisterprüfung Nr. 262 für Elektro-Installateure vom 28. bis 31. März 1989 in Fribourg haben folgende Kandidaten mit Erfolg bestanden:

*Arrigo Claudio*, 8942 Oberrieden  
*Bär Gottlieb*, 8810 Horgen  
*Bätschmann Rolf*, 9062 Lustmühle  
*Cavegn Arthur*, 8180 Bülach  
*Emch Thomas*, 3012 Bern  
*Enzler Stephan*, 8708 Männedorf  
*Föhn Ralph*, 6438 Ibach  
*Göggel Peter*, 8487 Rämismühle  
*Gysi Adrian*, 5242 Lupfig  
*Habegger Andres*, 3082 Schlosswil  
*Henzi Thomas*, 4512 Bellach  
*Iacopi Walter*, 5432 Neuenhof  
*Jauslin Matthias*, 5507 Mellingen  
*Marti Walter*, 3052 Zollikofen  
*Meier Eugen*, 6340 Baar  
*Meyer Roland*, 5200 Windisch  
*Möckel Thomas*, 5442 Fislisbach

### **Examens de maîtrise USIE/UCS**

Les candidats suivants ont passé avec succès l'examen de maîtrise N° 262 pour installateurs-électriciens du 28 au 31 mars 1989 à Fribourg:

*Moser Gian-Andrea*, 3063 Ittigen  
*Oberholzer Mario*, 8638 Goldingen  
*Rutishauser Daniel*, 4107 Ettingen  
*Salvetti Franco*, 3007 Bern  
*Schär Daniel*, 2542 Pieterlen  
*Schmutz Beat*, 3280 Murten  
*Schönbächler Erich*, 8840 Einsiedeln  
*Stäheli Ernst*, 8581 Schocherswil  
*Steiner Jörg*, 5115 Möriken  
*Stucki Adrian*, 8630 Tann-Rüti  
*Sutter Martin*, 4133 Pratteln  
*Tschirky Michael*, 7208 Malans  
*Wagen Bruno*, 8264 Eschensch  
*Widmer Thomas*, 3456 Trachselwald

Prüfung nur in deutscher Sprache/  
 Examen uniquement en langue allemand

Wir gratulieren allen Kandidaten zu ihrem Prüfungserfolg.  
*Meisterprüfungskommission VSEI/VSE*

Nous félicitons les heureux candidats de leur succès à l'examen.  
*Commission des examens de maîtrise USIE/UCS*

### **Kontrollleurprüfung für elektrische Hausinstallationen**

Die nächste Prüfung für Kontrolleure findet in der 45. Woche, vom 7. bis 10. November 1989, in Luzern statt.

Interessenten wollen sich beim Eidg. Starkstrominspektorat, Seefeldstrasse 301, Postfach, 8034 Zürich, bis spätestens 31. August 1989 melden.

Dieser Anmeldung sind gemäss Art. 5 der Verordnung über die Prüfung von Kontrolleuren für elektrische Hausinstallationen beizufügen:

### **Examens pour contrôleurs**

Les prochains examens pour contrôleurs d'installations électriques auront lieu dans la semaine du 7 au 10 novembre 1989 à Lucerne.

Les intéressés sont priés de s'annoncer à l'Inspection fédérale des installations à courant fort, Seefeldstrasse 301, case postale, 8034 Zurich, jusqu'au 31 août 1989.

Conformément à l'article 5 de l'Ordonnance sur l'examen de contrôleur des installations électriques intérieures, il y aura lieu de joindre à la demande d'inscription: